

halbmonatlich und ab August 1934 monatlich ihre Berichte einzuschicken. Die kirchenpolitischen Abschnitte wurden seit August 1935 auch dem neu errichteten Reichskirchenministerium zugeleitet. Folgende Punkte mußten behandelt werden: I. Allgemeine politische Lage; II. wirtschaftliche Verhältnisse: 1. Landwirtschaft, 2. Handel, Industrie und Gewerbe, Arbeitsmarkt; III. Sonstige außerordentliche Vorkommnisse.

Um die politische Verantwortung seiner Behörde zu unterstreichen, forderte ab 1. August 1934 auch der Reichsminister des Innern eine monatliche Gesamtübersicht über die politische Lage. Schon ab Februar 1936 wurde auf diese Berichte wieder verzichtet. Das Schema der Lageberichte war wesentlich detaillierter als das der Monatsberichte. Als dritte Gruppe sind zu erwähnen die Berichte der Polizeidirektion München. Diese war nicht der Bezirksregierung, sondern dem bayerischen Innenministerium unterstellt; deshalb fertigte sie selbständige Monatsberichte an, jedoch nur von Juli 1934 bis November 1937. Vorher hatte diese Aufgabe die Bayerische Politische Polizei erledigt; nachher übernahm sie die Geheime Staatspolizei.

Der Textveröffentlichung schickt W. eine ausführliche Einleitung voraus, die über das benutzte Quellenmateriel und die berichtenden Behörden informiert, ferner eine wohlabgewogene Würdigung der Berichte vornimmt. Vorliegender Band bietet alle die katholische und evangelische Kirche sowie die sogenannte Deutsche Glaubensbewegung betreffenden Abschnitte der Halbmonats-, Monats- und Lageberichte des oberbayerischen Regierungspräsidenten und der Polizeidirektion München von 1933 bis 1943.

Die Bedeutung dieser Quellenausgabe ergibt sich vornehmlich aus der Zusammenstellung der zahlreichen Vorgänge, die das ungebrochene Vorhandensein einer starken, religiös fundierten Volksopposition beweisen, die sich gegen jegliche Unterdrückung der freien Religionsausübung, oft mit sichtbarem Erfolg, zur Wehr setzte. Daß in den Berichten der Regierung von Oberbayern von Januar 1933 bis Juni 1934 nur die katholische Kirche Erwähnung findet, erklärt sich aus dem eindeutigen Überwiegen des katholischen Bevölkerungsteils, der 89,6 % der Bevölkerung repräsentierte. Eine Verordnung des Reichsinnenministers vom 7. Juli 1934 verlangte aber, daß fortan ebenso über alle bemerkenswerten Ereignisse in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche, der Deutschen Glaubensbewegung, sowie bei den Deutschen Christen referiert werden. Die Berichte der Regierung Oberbayerns spiegeln nicht nur die wichtigen Stationen des Kirchenkampfes in Bayern 1933 bis 1943; sie enthalten auch jede öffentliche Äußerung einer Pfarrgemeinde. Äußerungen der führenden Männer beider Kirchen sowie die Anordnungen der kirchlichen Behörden sind

Witetschek, Helmut, *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten, 1933–1943*. I: Regierungsbezirk Oberbayern. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, herausgegeben von K. Repgen, Reihe A : Quellen, Bd. 3). Mainz, Matthias-Grünwald-Verlag, 1966. Gr.-8°, XLVII, 395 S. – Ln. DM 45.–.

Mit diesem stattlichen Band eröffnet die Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern eine Reihe von Quellenbänden, die das Verhalten kirchlich gebundener Bevölkerungsschichten unter der nationalsozialistischen Herrschaft dokumentieren. Das Vorwort von Dieter Albrecht legt die spezifischen Merkmale dieses Quellentyps dar. Schon seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mußten die Regierungspräsidenten Bayerns das Staatsministerium des Innern über die allgemeine politische, polizeiliche und wirtschaftliche Lage ihres Bezirks eingehend informieren. Am Beginn der Hitlerherrschaft hatten sie zunächst

Gegenstand ausführlicher Berichterstattung. Man findet die Wiedergabe von bedeutenden Predigten, die Zahlen des Gottesdienstbesuches und die Reaktion auf kirchliche und staatliche Verlautbarungen unter der Bevölkerung. Auch umlaufende Gerüchte werden immer wieder registriert. Die Berichte der Polizeidirektion München lassen darüber hinaus die schwierige Lage der Presse erkennen. Die immer weniger werdenden bürgerlichen Zeitungen und besonders die Kirchenblätter erfuhren eine strenge Überwachung, anstößig erscheinende Nummern wurden sofort verboten. Auch die Einziehung von Broschüren und Schriftenreihen, die nur selten in den Akten festgehalten wurde, wird in den Berichten erwähnt.

Die sorgfältige, sehr gediegene Quellenedition führt die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche auf der Ebene der kleinen Partei- und Staatsfunktionäre auf der einen, der Pfarrer und des Kirchenvolkes auf der anderen Seite aktenmäßig vor Augen. Sie vermittelt ein differenziertes, wenngleich nicht lückenloses Bild kirchlichen Lebens und christlicher Existenz überhaupt unter totalitärer Herrschaft. In den Dokumenten wird deutlich, daß weiteste Kreise der bayerischen Bevölkerung, nicht selten ganze Gemeinden, dem Nationalsozialismus mit größtem Mißtrauen bis zur klaren Ablehnung gegenüberstanden. Es wird aber auch deutlich, welch harten Schikanen, welch brutalem Terror Priester und Volk ausgesetzt waren und wie tapfer sie sich in einer Welt des Unrechtes gehalten haben.

München

Georg Schwaiger